

stab des Respekts und der Verantwortung für das Dasein als Ganzes und in allen seinen Dimensionen, sondern in erster Linie Absicherung der eigenen Ansprüche. Auf diese Weise wird ein als Konsum mißverständene Freiheit durch eine privatistische Gewissensideologie legitimiert und zugleich sanktioniert. Die Folge solcher Kommunikations- und Wahrnehmungsverweigerung ist ein hohes

Maß an Selbst- und Fremdfrustrierung — Sinn-, Lebens- und Sozialkrise in einem. Es scheint deshalb an der Zeit zu sein, Freiheitserziehung und Gewissensbildung wieder stärker an den anthropologischen Grundwerten zu orientieren, um nicht an einer billigen Konsummentalität, die Leben nur dort wahrnimmt und respektiert, wo es den eigenen Zwecken dient, zu verflachen. *D. A. Seeber*

Kirchliche Vorgänge

Erklärungen der Bischöfe Südvietnams nach dem Waffenstillstand

Gleich dreimal innerhalb weniger Wochen äußerten sich die katholischen Bischöfe Südvietnams gemeinsam oder einzeln zur Situation ihres Landes sowie zu Plänen für die Zukunft und zu ausländischen Pressemeldungen über angeblich falsche Berichte über das Verhältnis der katholischen Kirche zur südvietnamesischen Regierung. — Der *gemeinsame Hirtenbrief* zur Situation des Landes nach dem Waffenstillstand (vgl. Wortlaut in: *La Documentation Catholique*, Nr. 1628, 18. 3. 73) vom 3. Februar 1973 will den Gläubigen Vietnams „einige im Evangelium begründete und von unserem Patriotismus inspirierte“ Empfehlungen geben, die ihnen helfen mögen bei den Überlegungen und bei der Wahl ihres Standortes. Noch einmal zählen die Bischöfe all die Bemühungen ihrerseits und seitens des Papstes für eine Beilegung des Krieges und eine friedliche Lösung auf. Schon immer hätten sie darauf verwiesen, daß wahrer Friede nur auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit beruhen könne. Der Frieden muß nach Meinung der Bischöfe „alle Grundrechte des Menschen sowohl für sein individuelles Leben als auch für sein Leben in der Nation umfassen, und zwar unter materiellen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, religiösen, familiären und sozialen Aspekten“. Energisch wenden sich die Bischöfe gegen die Auffassung, das

Ende der Feindseligkeiten sei gleichzusetzen mit Frieden. Sie „verdammten . . . diese Art von strategischem Frieden, der lediglich einen anderen Krieg vorbereiten hilft“. Ein künstlicher Frieden ohne Garantie der Freiheit sei nicht zu verantworten.

Die Tragik der Teilung

In aller Offenheit verweisen die Bischöfe darauf, daß die *Teilung* ihres Landes eine Folge von Auseinandersetzungen um Einflusssphären zwischen zwei Blöcken war. Dieses Faktum sei nicht einmalig. Deutschland und Korea hätten das gleiche Schicksal erlitten, und wegen des Antagonismus der beiden großen Weltblöcke erscheine die Wiedervereinigung dieser Länder weit entfernt und schwierig. In den beiden anderen geteilten Ländern hätten die Teile mit geringerer Bevölkerungszahl bisher einer Wiedervereinigung durch freie Wahlen nicht zugestimmt, und der Mehrheitsteil hätte nirgendwo mit Gewalt die Wiedervereinigung zu erzwingen versucht. Somit hätten diese beiden Länder einen relativen Frieden kennengelernt und Gelegenheit gehabt, rasch wieder aufzubauen. Diese Chance fehlte Vietnam. Lediglich zwischen 1954 und 1960 gab es einige Jahre relativen Friedens. Doch seit nunmehr zwölf Jahren habe der „Krieg zwischen den feindlichen

Brüdern“ Nord und Süd und materielle sowie menschliche Potentiale zerstört. Der Graben zwischen beiden Teilen des Landes habe sich vertieft, und in Paris seien lediglich ein auf dem Papier stehender Waffenstillstand und die — wenn auch provisorische — Beibehaltung der Demarkationslinie ausgehandelt worden.

Derzeit sehen die Bischöfe nur zwei Möglichkeiten: entweder eine *Wiedervereinigung* durch Krieg oder die Beilegung des Bürgerkrieges, womit Nord und Süd vorübergehend die historische Realität (zwei Staaten, zwei unterschiedliche politische Systeme) anerkennen würden. Für den „echten Patrioten“ kommt demnach nur die zweite Lösung in Frage, die es den Menschen in Nord und Süd erlaubt, sich ernsthaft und in Ruhe auf eine „mit friedlichen, freien und demokratischen Mitteln“ herbeigeführte Wiedervereinigung vorzubereiten. Die Bischöfe geben der Hoffnung Ausdruck, daß das Ende des Krieges auch den Katholiken in dem vom Krieg so stark heimgesuchten Norden Gelegenheit bieten möge, die Wunden zu heilen, d. h., besonders „die vollen geistigen Rechte für die Ausübung ihrer göttlichen Auftrages und die pastorale Berufung“ wiederzuerlangen. Aber ebenso sollte das Ende des Krieges für die Katholiken im Süden des Landes An-

laß sein, mehr als bisher das Evangelium zu leben und zu verbreiten.

Ideologische Konflikte und politische Realitäten

Im Hirtenbrief wird darauf aufmerksam gemacht, daß entgegen allgemeiner Auffassung auch im Süden Vietnams ideologische Konflikte — wenn auch in begrenztem Umfang — ausgetragen werden. Gemeint sind in erster Linie „der atheistische Materialismus in all seinen Formen“ und das Christentum. Es werde oft vergessen, daß der atheistische Materialismus nicht nur in solchen Ländern anzutreffen ist, die offen ihre Opposition zum Christentum zum Ausdruck gebracht haben und es sowohl in seiner Freiheit beschränken als auch aktiv bekämpfen. Auch in den sogenannten freien Ländern übe er sein zerstörerisches Werk beispielsweise durch Verabschiedung von solchen Gesetzen aus, die dem göttlichen Gesetz widersprechen (genannt werden Scheidungs- und Abtreibungsgesetze). Erwähnung findet aber auch der „Mißbrauch der Massenmedien für eine Rechtfertigung von Verbrechen, Verbreitung pornographischer oder die Gewalt verherrlichender Filme und Publikationen, die der moralischen Gesundheit der Jugend abträglich sind“. Auch auf die *komplexen politischen Realitäten* Südviets gehen die Autoren ein. Sie beklagen die Hegemoniebestrebungen und egoistische Interessenpolitik der Großmächte ebenso wie die innenpolitischen Zwistigkeiten. Beklagt wird dabei besonders die mangelnde Homogenität des Volkes, hervorgerufen durch die *Vielzahl ethnischer Minderheiten*. Auch die verschiedenen Religionsgemeinschaften, die dank des Toleranzgeistes des vietnamesischen Volkes im menschlichen Bereich gut miteinander auskommen, geraten in politischen Fragen oft heftig gegeneinander.

Für das *Verhalten der Katholiken* Südviets angesichts dieser politischen Realität nennen die Bischöfe im Hirtenbrief folgende Prinzipien: Jedermann ist verpflichtet, sich als Mensch und Bürger für das Gemein-

wohl einzusetzen. „Die Parteipolitik bleibt der freien Initiative jedes einzelnen Bürgers überlassen, der selbst die besten Mittel wählen muß, durch die das Gemeinwohl zu realisieren ist. Diese Politik bewegt sich ausschließlich im vergänglichen (weltlichen) Bereich, und es ist deshalb Aufgabe der Laien, sich diesem Bereich zu stellen. Der Klerus kann sich bei manchen Anlässen mit weltlichen Dingen beschäftigen, doch verpflichtet ihn seine Berufung, sich ausschließlich an seine wesentliche und klar umrissene Sendung zu halten, d. h. an seine religiöse Mission.“

Die Ausführungen zur Parteienfrage verdienen besondere Beachtung, zumal sie nur einen Monat später in einem eigenen Hirtenbrief des Erzbischofs von Saigon, *Paul Nguyen Van Binh*, teilweise modifiziert wurden. Im gemeinsamen Hirtenbrief heißt es, die Katholiken hätten durchaus die Möglichkeit, eine eigene Partei zu gründen, sie dürften dabei jedoch die Kirche nicht hineinziehen. Sie könnten sich aber auch anderen Parteien anschließen, falls deren „allgemeine Grundsätze nicht im Widerspruch zum Naturrecht, den göttlichen Gesetzen sowie zu den Richtlinien der Kirche stehen“. Nach Anhören erfahrener Fachleute habe im übrigen jeder Vietnameser das Recht, sich der ihm am meisten zuzugewandten Partei anzuschließen. Die Gründung einer eigenen katholischen Partei erscheint den Bischöfen insgesamt als „wünschenswert“, wenn sie „mit offenem Geist und unter Anerkennung des guten Willens aller trotz Meinungsverschiedenheiten“ geschieht. Angesichts des in Südviets anzu-treffenden Pluralismus räumen die Bischöfe aber auch der zweiten Lösung, d. h. der Mitarbeit der Katholiken in den bestehenden Parteien, „Vorteile“ ein, da sie hierbei als „Sauerteig“, als „Mittler zwischen allen Menschen, damit der Haß zugunsten gegenseitigen Verständnisses überwunden wird“, wirken können. Notwendig sei in diesem Falle „Bereitschaft zum Dienen“ und klares Unterscheidungsvermögen, welche Maßnahme Staat und Kirche zum wahren Heil gereichen.

Im Hirtenbrief des Saigoner Erzbischofs erhielt dasselbe Thema andere Nuancen. Nach ihm muß die Kirche über den Parteien stehen. Ihr „Führungsamt“ liege nicht auf der parteipolitischen Ebene, deshalb könnten die kirchlichen Behörden eine sogenannte *katholische Partei* auch nicht offiziell anerkennen. Das Recht zur Gründung einer eigenen Partei könne zwar keinem Katholiken abgesprochen werden, doch könne eine solche Institution die Kirche nicht binden. Auch dürfe man die Kirche nicht für die Aktivitäten einer solchen Partei verantwortlich machen. Neben dieser als vorsorgliche Abgrenzung zu interpretierenden Äußerung stellte der Erzbischof aber auch die *Nützlichkeit* einer katholischen Partei in Frage. Es sei ein Irrtum zu glauben, mit einer katholischen Partei ließen sich die anstehenden Probleme lösen. Im Gegenteil würden dadurch lediglich Widerstände in der nationalen Gemeinschaft geweckt, da eine katholische Partei die Katholiken von der Mehrheit ihrer Landsleute abkapselse. Dies habe der Kirche bereits früher geschadet und hätte böse Auswirkungen gerade zum jetzigen Zeitpunkt, da sich die Kirche um eine Öffnung bemüht.

Die von den Bischöfen angesprochenen „sozialen Realitäten“ werden in erster Linie auf den verheerenden Einfluß des Krieges zurückgeführt: Korruption, Pornographie, Glücksspiel, Alkoholismus, Rauschmittel. Um von diesen Übeln wegzukommen, sei eine „innere Reinigung“ notwendig. Den Christen falle hierbei die besondere Aufgabe zu, „Salz“ zu sein. Die Schlechtigkeit der Menschen habe die menschlichen Leiden enorm vermehrt, der Krieg habe sein übriges hinzugefügt. Hier seien alle aufgerufen, Abhilfe zu schaffen. Die Hilfsstellen der Caritas Vietnam und der Caritas Internationalis seien zwar über das gesamte Land verteilt, doch müsse die Basis im Land noch viel mehr ausgebaut werden. Zugleich wehrten die Bischöfe Kritik an ihnen selbst ab. „Feinde der Kirche“ seien bereits am

Werk, um „die Hierarchie zu verunglimpfen und Zwietracht zwischen ihr und den Gläubigen zu säen“.

Wenig überzeugende Argumentation

Genau diesen letzten Punkt griff der Erzbischof von Saigon in einem an den Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Prälat *Georg Hüssler*, gerichteten Schreiben noch einmal auf (vgl. Wortlaut in: „Konradsblatt“, 25. 3. 73). Ausgehend von einer Anfrage des Erzbischofs von Freiburg, *Hermann Schäufele*, der Prälat Hüssler um Überprüfung des Wahrheitsgehaltes von Pressemeldungen über die kirchlichen und politischen Verhältnisse in Südvietnam gebeten hatte, antwortete Erzbischof Nguyen Van Binh seinerseits, er habe in letzter Zeit von in Deutschland verbreiteten Gerüchten gehört „bezüglich der Verwendung der finanziellen Hilfen durch uns vietnamesische Bischöfe, die wir von verschiedenen caritativen Organisationen erhalten“. Dabei sei die Rede von falscher und nicht dem vietnamesischen Volk zugute kommender Verwendung gewesen. Diese Behauptungen im Ausland seien „reine Verleumdungen, die aus politischen Gründen ausgestreut wurden“.

Vor einer lutherisch-reformierten Kirchengemeinschaft

Die sog. „Leuener Konkordie“ (LK) zur Herstellung einer Kirchengemeinschaft der lutherischen und reformierten Kirchen in Europa, über deren zur Diskussion gestellten Entwurf hier ausführlich berichtet wurde (vgl. HK, Januar 1972, 19–22), ist nach Eingang der Stellungnahmen von 63 der betroffenen 72 Kirchen auf einer Tagung in Leuenberg bei Basel vom 12. bis 16. März 1973 auf eine endgültige Fassung redigiert worden. Sie wurde den beteiligten Kirchen zur Rezeption zugeleitet. Die amtliche Ver-

Während diese Zurückweisung des Vorwurfes wohl den Tatsachen entspricht und durch entsprechende Angaben anderer Stellen abgesichert wird, ist die Argumentation bezüglich der verhafteten CAJ-Mitglieder, für die sich seit Monaten katholische Organisationen und Bischöfe in aller Welt einsetzen, wegen ihrer Zurückhaltung überraschend. Kein einziger CAJ-Kaplan sei im Gefängnis. „Einige wurden wegen ihrer politischen Tätigkeit verurteilt, aber sie sind nicht im Gefängnis.“ Über die verhafteten Leiter der CAJ, „fast alles Universitätsstudenten“, heißt es einfach: „Sie wurden aus Gründen der öffentlichen Sicherheit festgenommen... Aus Gründen, die mit den derzeitigen Umständen zusammenhängen, behält sie die Regierung noch in Gewahrsam“, obwohl ein Gericht das Verfahren niedergeschlagen hat. Den dritten Vorwurf, die Bischöfe hätten nicht den Mut, „der vietnamesischen Regierung gegenüberzutreten durch energische und öffentliche Proteste gegen gewisse soziale Ungerechtigkeiten“, weist der Erzbischof ebenfalls zurück, da die Anklagen gegen die Regierung „viele Übertreibungen“ enthielten und im übrigen diskrete Intervention in präzisen Fällen besser als spektakuläre Aktionen sei.

gespräche aufgearbeitet werden sollen. Diese werden schon vor dem Termin der erbetenen Zustimmung vom 30. September 1974 beginnen. Die Kirchengemeinschaft soll wie vorgesehen am 1. Oktober 1974 wirksam werden. Kirchen, die bis dahin ihre Zustimmung noch nicht gegeben haben, können später beitreten. Die jetzt vorliegende Endfassung der Konkordie, die vom Fortsetzungsausschuß erarbeitet wurde, ist von den vier Vorsitzenden der Vollversammlung unterzeichnet: dem Lutheraner *Leonhard Goppel* (München) und *Marc Lienhard* (Straßburg) und den Reformierten *Max Geiger* (Basel) und *Horst Labr* (Potsdam, DDR).

Was wurde geändert?

Das Begleitschreiben zum endgültigen Text der LK spricht davon, daß u. a. die Sprache des Entwurfes verbessert wurde: „Dabei mußte allerdings berücksichtigt werden, daß die mit der Konkordie zu überwindenden Lehrdifferenzen in der durch die Erkenntnisse bzw. die Traditionen geprägten Sprache ihren Ausdruck finden.“ Man sei sich aber bewußt, daß die Aufgabe eines zeitgemäßen Ausdrucks den Kirchen gestellt bleibt und in den kontinuierlichen Lehrgesprächen geleistet werden muß. Neue Aussagen wurden in den Text nicht aufgenommen. *D. H. Bornhäuser*, Freiburg i. Br., der für die unierte Evangelische Landeskirche von Baden an der Konferenz teilgenommen hatte, kennzeichnet im „Aufbruch“ (8. 4. 73), der „Evangelischen Kirchenzeitung für Baden“, die z. T. „recht eingehenden“ Verbesserungen wie folgt: Zweideutigkeiten oder logische Widersprüche wurden beseitigt, zu einseitige konfessionelle Formulierungen geändert, die Gedankenführung konzentriert und dringende Wünsche berücksichtigt. Auch einige grundsätzliche Fragen wurden in den Grenzen des Möglichen geklärt: „Das Verständnis von Kirchengemeinschaft wurde genauer gefaßt, die Fortgeltung der Bekenntnisse unterstrichen, der Abschnitt über die Taufe neu formuliert und auch eine, wenngleich ziemlich allge-